

**Titel: Zukünftige Nutzung der Ausgleichsfläche Andershof/Devin**  
**Einreicher: Dr. Arnold von Bosse, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 12.06.2018
Bearbeiter: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
---

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
-----------------------	---------------	---

Anfrage:

1. Welche konkreten Aktivitäten hat die Hansestadt Stralsund gegenüber der DEGES, dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern unternommen, um eine mögliche Nutzung, bzw. Planung der Flurstücke 36/1 und 36/2 der Flur 2, Gemarkung Andershof für den Wohnungsbau anzuzeigen, bzw. anzufragen?
2. Hat die Hansestadt Stralsund die Absicht, die o.g. Fläche zukünftig als Fläche für den Wohnungsbau oder eine andere bauliche Nutzung zu entwickeln?
3. Sofern zukünftig eine Nutzung als Fläche für den Wohnungsbau oder andere bauliche Nutzungen erwogen wird:

Wie beurteilt die Hansestadt Stralsund dann die potenzielle Möglichkeit der entsprechenden planerischen Umsetzung vor dem Hintergrund, dass sich die Fläche trotz der bisher nicht erfolgten Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme E2 als Sukzessionsfläche mit einer bedeutenden Arten-, bzw. Naturschutzwertigkeit entwickelt hat?

Begründung:

Im Rahmen der Mai-Sitzung der Stralsunder Bürgerschaft teilte die Stadtverwaltung auf Anfrage der Bürgerschaftsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit, dass die Flurstücke 36/1 und 36/2 der Flur 2, Gemarkung Andershof vor dem Hintergrund des vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses als Ausgleichsfläche herzustellen ist. Die Verwaltung führte weiterhin aus, dass eine davon abweichende Nutzung nur dann möglich wäre, wenn eine adäquate, von der Unteren Naturschutzbehörde befürwortete Kompensationsfläche bereitgestellt würde und dazu das Einvernehmen mit der Planfeststellungsbehörde hergestellt werden könne.

Bekanntlich hat die DEGES die diese Fläche betreffende Ausgleichsmaßnahme noch nicht umgesetzt. Sie begründet dies nach unserer Kenntnis damit, dass die Umsetzung aufgeschoben sei, um Teile dieser Fläche für den Wohnungsbau zu nutzen. Auch wenn die DEGES inzwischen angekündigt hat, die zeitnahe Umsetzung der Ersatzmaßnahme nun endlich anzugehen, ergibt sich ein gewisser Widerspruch zwischen den Aussagen der Hansestadt Stralsund und der DEGES.